

Drucksache

5412/2099-2014



An den  
Oberbürgerm

**DIE LINKE.**

eister

der Stadt Bielefeld  
Pit Clausen

**Ratsfraktion Bielefeld**

DIE LINKE Ratsfraktion Bielefeld, Altes Rathaus, 33597 Bielefeld

**Barbara Schmidt**

Fraktionsvorsitzende

**Ratsfraktion Bielefeld**

Altes Rathaus  
33597 Bielefeld

Telefon 0521 / 5150 80

Mobil: 0171-3436072

Telefax 0521 / 51 81 10

E-Mail:

barbara.schmidt@dielinke-bielefeld.de

www.dielinke-bielefeld.de

Bielefeld, den 22. Februar 2013

### **Antrag zur Ratssitzung am 7. März 2013**

#### **Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zum Haushalts- und Stellenplan 2013 stellen wir folgenden Antrag:

**Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird für das Haushaltsjahr 2013 von 463 auf 520 Punkte (höchster Hebesatz der Gemeinden vergleichbarer Größe) angehoben. Das ergibt für die Gewerbesteuer Mehreinnahmen von rund 20 Millionen Euro.**

#### **Begründung:**

Bei der dramatischen finanziellen Lage der Stadt Bielefeld genügt es nicht, sich an den durchschnittlichen Hebesatz von Gemeinden vergleichbarer Größe zu richten. Steuergeschenke der letzten Bundesregierungen an Reiche und Unternehmen sowie Aufgabenübertragungen von Bundes- und Landesregierungen an die Kommunen ohne finanziellen Ausgleich sind die Ursachen der Haushaltsnotlagen fast aller Kommunen in NRW.

Da die Unternehmen durch diese Steueränderungen erheblich entlastet wurden, ist es gerechtfertigt, einen Teil der Entlastung wieder für die Aufgaben der Kommune zu nutzen. Ohnehin zahlen Gewerbesteuer nur Betriebe, die Gewinne erwirtschaften. Personengesellschaften (viele kleine und mittelständische Firmen) ist es seit 2008 zudem möglich, die Gewerbesteuer in einem erheblich höheren Umfang mit der Einkommensteuerschuld zu verrechnen.

Die Erhöhung der Gewerbesteuer würde die Steuerströme auch zugunsten der Gemeinde umlenken (Gewerbesteuer bleibt zum überwiegenden Teil in Bielefeld, von der Einkommenssteuer nur 15 Prozent). Damit würde ein kleiner Teil der Belastungen ausgeglichen, der der Stadt von Bund und Land in den letzten Jahren zugemutet wurde.

Mit diesen Einnahmen könnten dann auch die geplanten Kürzungen von wichtigen Leistungen im Personalbereich sowie bei den Leistungsverträgen unterbleiben. Die nicht nachvollzogenen Personalkostensteigerungen bei den Leistungsverträgen belaufen sich von 2011 bis 2013 auf etwa 1,4 Millionen Euro.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Schmidt  
(Fraktionsvorsitzende DIE LINKE)